

public Gastkommentar



Peter Bußjäger
Direktor des Instituts
für Föderalismus

Interkommunale Zusammenarbeit – für Kleingemeinden alternativlos

Klein- und Kleinstgemeinden werden vielfach als unwirtschaftlich und teuer betrachtet. Dies, obwohl es praktisch keine haltbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse über die optimale Gemeindegröße gibt. Was wir allerdings wissen ist, dass die stets steigenden gesetzlichen Standards vor allem Gemeinden unterhalb von etwa 2.000 Einwohnern vor große Herausforderungen stellen, ihre Aufgaben in hinreichender Qualität zu erfüllen. Es ist abzusehen, dass die Qualitätsstandards, an welchen die Gemeinden gemessen werden, in Zukunft weiter steigen werden. In dieser Situation wird interkommunale Zusammenarbeit alternativlos, wenn die Gemeinden nicht den Weg der Gemeindefusion mit Aufgabe ihrer Eigenständigkeit gehen wollen. Dabei reicht es nicht, dass jede Gemeinde bereits jetzt mehrere Kooperationen vorweisen kann. Das Tempo muss beschleunigt werden: Kooperation in den Bereichen Abgabeneinhebung, Bau- und Recyclinghöfe, Baurecht, Finanzverwaltung, Gewerbegebiete, Infrastrukturentwicklung, Kinderbetreuung, Personalverwaltung und Standortpolitik ist zu intensivieren. Die Länder müssen diesen Prozess stärker unterstützen: Dem Aufbau einer positiven Kooperationsatmosphäre, vor allem durch

eine intensive Informations-tätigkeit, der Bereitstellung von themenbezogenen Hintergrundinformationen, Zahlen und Konzepten kommt große Bedeutung zu. Mit der Unterstützung der Kooperationsprozesse durch eine gediegene politische, fachliche, steuerliche und prozessbezogene Beratung und Förderung kann eine Beschleunigung der Entwicklung erreicht werden.

Dabei muss auch das Denken in Regionen gefördert werden: Eine der Folgen der gestiegenen Mobilität der Bevölkerung ist, dass die Bindung an die Gemeinde schwächer wird. In den peripheren Regionen wird zudem die Stärkung der regionalen Zentren immer wichtiger, um alle Angebote der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge in der landesüblichen Qualität anbieten zu können. Die Gemeinden sollten sich in den historisch gewachsenen Regionen ihres Umfelds wiederfinden können.

Die letzte Forderung ist an die Gemeindepolitik gerichtet. Bloße Informalität von Gemeindekooperationen ist pragmatisch und flexibel. Trotzdem müssen die Gemeinden klare Rechtsgrundlagen schaffen. Nur so bleibt die Kooperation überhaupt noch überschaubar und für die Gemeinderäte demokratisch kontrollierbar. ■